



EUROPÄISCHE ZENTRALBANK

EUROSYSTEM

## **PRESSEKONFERENZ Frankfurt am Main, 6. Juni 2013**

### **EINLEITENDE BEMERKUNGEN**

Sehr geehrte Damen und Herren, der Vizepräsident und ich freuen uns sehr, Sie zu unserer Pressekonferenz begrüßen zu dürfen. Wir werden Sie nun über die Ergebnisse der heutigen Sitzung des EZB-Rats informieren, an der auch der Präsident der Eurogruppe, Finanzminister Dijsselbloem, teilgenommen hat.

Auf der Grundlage seiner regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse hat der EZB-Rat heute beschlossen, die **Leitzinsen der EZB** unverändert zu belassen. Die jüngsten Daten haben unsere Einschätzung bestätigt, die uns Anfang Mai zur Leitzinssenkung bewog. Der zugrunde liegende Preisdruck im Euro-Währungsgebiet dürfte auf mittlere Sicht gedämpft bleiben. In dieses Bild passt auch, dass das Geldmengen- und insbesondere das Kreditwachstum nach wie vor verhalten sind. Die mittelfristigen Inflationserwartungen für das Eurogebiet sind weiterhin fest auf einem Niveau verankert, das mit unserem Ziel im Einklang steht, die Preissteigerung auf mittlere Sicht unter, aber nahe 2 % zu halten. Zugleich deuten aktuelle Umfrageergebnisse auf eine gewisse Aufhellung des Wirtschaftsklimas ausgehend von einem niedrigen Niveau hin. Unser akkommodierender geldpolitischer Kurs sollte zusammen mit der wesentlichen Verbesserung der Lage an den Finanzmärkten seit Mitte 2012 dazu beitragen, die Aussichten für eine konjunkturelle Erholung im weiteren Jahresverlauf zu unterstützen. Vor diesem Hintergrund wird der akkommodierende geldpolitische Kurs so lange wie erforderlich beibehalten. In nächster Zeit werden wir alle eingehenden Informationen zu den wirtschaftlichen und monetären Entwicklungen sehr genau verfolgen und sämtliche Auswirkungen auf die Aussichten für die Preisstabilität analysieren.

Gestatten Sie mir nun, unsere Einschätzung näher zu erläutern und dabei mit der **wirtschaftlichen Analyse** zu beginnen. Das reale BIP ging im ersten Quartal 2013 um 0,2 % zurück, nachdem es im vorangegangenen Vierteljahr um 0,6 % gesunken war. Somit war die Produktion das sechste Quartal in Folge rückläufig, und die Lage am Arbeitsmarkt stellt sich weiterhin schwach dar. Die aktuelle Entwicklung der Umfragedaten zum Wirtschaftsklima weist auf eine gewisse Verbesserung ausgehend von einem niedrigen Niveau hin. Im Hinblick auf den weiteren Jahresverlauf und das Jahr 2014 sollte das

Exportwachstum im Eurogebiet von einer Erholung der weltweiten Nachfrage profitieren, während die Inlandsnachfrage durch unseren akkommodierenden geldpolitischen Kurs sowie durch die jüngsten Realeinkommensgewinne aufgrund gesunkener Ölpreise und einer allgemein niedrigeren Inflation gestützt werden dürfte. Überdies dürften die erheblichen Verbesserungen, die seit dem vergangenen Sommer an den Finanzmärkten verzeichnet wurden, ebenso wie die Fortschritte bei der Haushaltskonsolidierung auf die Realwirtschaft durchwirken. Zugleich werden die noch notwendigen Bilanzanpassungen im öffentlichen und im privaten Sektor die Wirtschaftsentwicklung weiterhin belasten. Insgesamt dürfte sich die Konjunktur im Eurogebiet im weiteren Jahresverlauf – wenn auch langsam – stabilisieren und allmählich erholen.

Diese Einschätzung kommt auch in den von Experten des Eurosystems erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen für das Euro-Währungsgebiet vom Juni 2013 zum Ausdruck. Den dort enthaltenen Berechnungen zufolge wird das jährliche reale BIP im Jahr 2013 um 0,6 % sinken und im Jahr 2014 um 1,1 % steigen. Gegenüber den von Experten der EZB erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen vom März 2013 wurde die Projektion für das Jahr 2013 geringfügig nach unten korrigiert. Dies ist weitgehend der Einbeziehung der jüngsten BIP-Datenveröffentlichungen zuzuschreiben. Für das Jahr 2014 wurde eine marginale Aufwärtskorrektur vorgenommen.

Nach Ansicht des EZB-Rats bestehen nach wie vor Abwärtsrisiken für den Wirtschaftsausblick im Euroraum. Hierzu zählen eine möglicherweise schwächer als erwartet ausfallende inländische und weltweite Nachfrage sowie eine langsame oder unzureichende Umsetzung von Strukturreformen in Ländern des Eurogebiets.

Die jährliche Teuerungsrate nach dem HVPI für das Euro-Währungsgebiet belief sich der Vorausschätzung von Eurostat zufolge im Mai 2013 auf 1,4 % und lag damit über dem im April verzeichneten Wert von 1,2 %. Dieser Anstieg war vor allem auf ein Wiederanziehen der Dienstleistungspreise aufgrund des nachlassenden Ostereffekts sowie auf höhere Nahrungsmittelpreise zurückzuführen. Wie bereits im vergangenen Monat dargelegt, dürften die jährlichen Inflationsraten – insbesondere bedingt durch Basiseffekte im Zusammenhang mit der Energie- und Nahrungsmittelpreisentwicklung vor Jahresfrist – im gesamten weiteren Jahresverlauf einer gewissen Volatilität ausgesetzt sein. Lässt man diese Volatilität außer Acht, so dürfte der zugrunde liegende Preisdruck angesichts der geringen Kapazitätsauslastung und einer nur schleppenden Konjunkturerholung auf mittlere Sicht niedrig bleiben. Die Inflationserwartungen bleiben mittelfristig fest auf einem Niveau verankert, das mit Preisstabilität im Einklang steht.

Diese Einschätzung kommt auch in den von Experten der Eurosystems erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen für das Euro-Währungsgebiet vom Juni 2013 zum Ausdruck. Den dort enthaltenen Berechnungen zufolge wird die am HVPI gemessene jährliche Teuerungsrate im laufenden Jahr 1,4 % und im kommenden Jahr 1,3 % betragen. Gegenüber den von Experten der EZB erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen vom März 2013 wurde die Inflationsprognose für 2013 nach unten korrigiert, worin sich hauptsächlich der Ölpreisrückgang widerspiegelt, während die Prognose für 2014

unverändert blieb.

Nach Auffassung des EZB-Rats sind die Risiken in Bezug auf die Aussichten für die Preisentwicklung auf mittlere Sicht weitgehend ausgewogen, wobei sich Aufwärtsrisiken aus stärker als erwartet steigenden administrierten Preisen und indirekten Steuern sowie aus höheren Rohstoffpreisen und Abwärtsrisiken aus einer schwächeren Konjunktur ergeben.

Was die **monetäre Analyse** betrifft, so bestätigen aktuelle Daten die weiterhin verhaltene Grunddynamik der monetären und insbesondere der Kreditexpansion. Das Jahreswachstum der weit gefassten Geldmenge M3 erhöhte sich im April vor allem aufgrund eines Basiseffekts und von Sonderfaktoren auf 3,2 % gegenüber 2,6 % im März. Dieselben Faktoren wirkten sich auch auf die Jahreswachstumsrate des eng gefassten Geldmengenaggregats M1 aus, die sich von 7,1 % im März auf 8,7 % im April erhöhte.

Das Wachstum der Buchkredite an den privaten Sektor war nach wie vor schwach. Die um Kreditverkäufe und -verbriefungen bereinigte Zwölfmonatsrate der Buchkreditvergabe an private Haushalte lag im April erneut bei 0,3 % und ist damit seit dem Jahreswechsel weitgehend unverändert geblieben. Die ebenfalls um Verkäufe und Verbriefungen bereinigte jährliche Änderungsrate der Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften rutschte stärker in den negativen Bereich und betrug im April -1,9 % nach -1,3 % im März. Ursächlich für diese Entwicklung waren insbesondere Nettotilgungen kurzfristiger Buchkredite, die eine geringere Nachfrage nach Betriebskapital vor dem Hintergrund einer schwachen Auftragslage zu Beginn des Frühjahrs widerspiegeln dürften. Insgesamt ist die schwache Entwicklung der Kreditvergabe nach wie vor im Wesentlichen Ausdruck der aktuellen Phase des Konjunkturzyklus, des erhöhten Kreditrisikos sowie der anhaltenden Bilanzanpassungen im finanziellen und nichtfinanziellen Sektor.

Zur Gewährleistung einer angemessenen Transmission der Geldpolitik auf die Finanzierungsbedingungen in den Euro-Ländern ist es wichtig, dass die Fragmentierung der Kreditmärkte im Euroraum weiter zurückgeht und die Widerstandsfähigkeit der Banken erforderlichenfalls erhöht wird. Seit dem vergangenen Sommer ist die Finanzierungssituation der Banken verbessert worden; Fortschritte wurden auch bei der Erhöhung der heimischen Einlagenbasis in Ländern mit finanziellen Schwierigkeiten sowie bei der Verringerung der Abhängigkeit vom Eurosystem, die sich in der Rückzahlung von Mitteln aus den LRGs mit dreijähriger Laufzeit widerspiegelt, erzielt. Weitere entschiedene Maßnahmen zur Schaffung einer Bankenunion werden dabei helfen, dieses Ziel zu erreichen. Insbesondere weist der EZB-Rat darauf hin, dass der künftige einheitliche Aufsichtsmechanismus sowie ein einheitlicher Abwicklungsmechanismus entscheidende Elemente auf dem Weg hin zu einer Reintegration des Bankensystems darstellen und daher einer raschen Umsetzung bedürfen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass sich der wirtschaftlichen Analyse zufolge die Preise auf mittlere

Sicht weiterhin im Einklang mit Preisstabilität entwickeln dürften. Die **Gegenprüfung** anhand der Signale aus der monetären Analyse bestätigt dieses Bild.

Was **Haushaltskonsolidierung** und **Strukturreformen** anbelangt, so begrüßt der EZB-Rat die erzielten Fortschritte und bestärkt die Regierungen darin, ihre entschlossenen Anstrengungen fortzuführen. Dabei ist von wesentlicher Bedeutung, dass die Euro-Länder in ihren Bemühungen um eine Verringerung der staatlichen Haushaltsdefizite keine Rückschritte machen. Der neue haushalts- und wirtschaftspolitische Steuerungsrahmen der EU sollte konsequent angewandt werden. In dieser Hinsicht erachtet es der EZB-Rat als sehr wichtig, dass Beschlüsse des Europäischen Rates zur Erweiterung des Zeitrahmens für die Korrektur übermäßiger Haushaltsdefizite auf Ausnahmefälle beschränkt bleiben sollten. Gleichzeitig sind bei Bedarf weitere gesetzgeberische Maßnahmen zu treffen oder zeitnah Strukturreformen umzusetzen. Letztere sollten insbesondere auf eine Erhöhung der Wettbewerbs- und Anpassungsfähigkeit an den Arbeits- und Gütermärkten abzielen und so dazu beitragen, vor dem Hintergrund der in mehreren Ländern nicht hinnehmbar hohen Arbeitslosenquoten, insbesondere unter jungen Arbeitnehmern, Beschäftigungschancen zu schaffen. Kombinierte Maßnahmen auf dem Gebiet der Haushalts- und der Strukturpolitik sollten gleichzeitig die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen und das Potenzialwachstum stärken und dadurch eine dauerhafte Schaffung von Arbeitsplätzen fördern.

Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

**Europäische Zentralbank**

Generaldirektion Kommunikation und Sprachendienst

Abteilung Presse und Information

Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main

Tel.: +49 (69) 1344-7455 • Fax: +49 (69) 1344-7404

Internet: [www.ecb.europa.eu](http://www.ecb.europa.eu)

**Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.**